



Karben für ALLE!

DIE LINKE. in Karben kandidiert zur Kommunalwahl am 14. März 2021. Wir treten an, um im Stadtparlament eine wirksame Opposition zu sein. Wir engagieren uns für eine soziale, demokratische und ökologische Politik. Wir wollen eine weltoffene Stadt, in der vielfältige Lebensformen und Kulturen zuhause sind. Karben muss für alle Menschen ein Platz zum Leben sein!

DIE LINKE.

Ortsverband Karben

Karben für ALLE!

Corona trifft auch die Menschen in Karben. Nicht nur durch Infektionen - auch wirtschaftlich. Es droht der Verlust von Arbeitsplätzen, die Ungleichheit der Vermögen verschärft sich und es werden zukünftig auch in Karben mehr Menschen von Armut betroffen sein als bisher.

Die finanzielle Situation der Stadt wird höchstwahrscheinlich zunächst weiterhin stabil bleiben. Denn die zu erwartenden Einnahmerückgänge im Bereich der Gewerbe- und Einkommenssteuer werden über die nächsten Jahre hinweg durch Geschäfte mit Baugrund ausgeglichen werden können. Mehr als 20 Millionen Euro ist die Baulandreserve der Stadt Karben wert. Baugrund ist gefragt und die Quadratmeterpreise kletterten in den letzten Jahren nach oben. Hier profitiert die Stadt Karben davon, dass sie im Einzugsgebiet von Frankfurt als Wohnort sowie für Gewerbeansiedlungen begehrt ist.

Möglicherweise wird Karben sogar vom Land Hessen als Mittelzentrum anerkannt, was deutliche Mehreinnahmen bedeuten würde.

Die Stadt Karben hat angesichts dieser Situation die Pflicht, ihre finanziellen Mittel für einen sozialen Ausgleich einzusetzen und die Auswirkungen von Corona zu mildern.

DIE LINKE. Karben setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch in Karben wohnen und leben kann. Alle sollen sich hier das Leben leisten können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir wollen Karben sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten. Wir wollen eine weltoffene Stadt, in der alle Lebensweisen und Kulturen ein Zuhause finden und sich gegenseitig bereichern.

1 Wohnen. Bezahlbar für alle!

Das größte Problem in Karben ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt wächst. Die Karbener CDU-Regierung ist bei der politischen Gestaltung dieses Wachstums ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht geworden. Das Problem wurde verschlafen, während die Preise für Mieten und Wohneigentum in den letzten Jahren explodierten. Erst wurde ignoriert, dass es großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gibt. Danach wollte man das Problem dem Markt überlassen. Mit fatalen Folgen. Denn es wurden keine günstigen Wohnungen geschaffen, sondern private Investoren bauten überwiegend Luxuswohnquartiere.

DIE LINKE. hat das Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Es brauchte viel Öffentlichkeitsarbeit und (außer)parlamentarischen Druck, um wenigstens ein kleines bisschen Umdenken zu erzeugen. Langsam scheint nun angekommen zu sein, dass die Stadt eine Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum hat.

In der nächsten Zeit wird zum ersten Mal im Neubaugebiet ‚Brunnenquartier‘ eine größere Anzahl Wohnungen in kommunaler Trägerschaft entstehen: 150 günstigere Wohneinheiten. Über eine solche Wende würden wir uns sehr freuen! Denn in der Vergangenheit hatte die Stadt nahezu Hundert städtische Wohnungen verkauft. Bisher wurde dieser Bestandsverlust nicht ausgeglichen.

DIE LINKE. Karben fordert bis 2025:

- ➔ Weitere 250 günstige Wohnungen in kommunaler Trägerschaft (zu höchstens 8 Euro Miete pro Quadratmeter).
- ➔ Dazu die Schaffung von 100 Sozialwohnungen in Kommunaler Trägerschaft (mit Mieten unter 6 Euro der Quadratmeter).
- ➔ In jeden Bebauungsplan müssen verbindlich 30 Prozent bezahlbare Mietwohnungen festgeschrieben werden (Maximal 1/3 des Haushaltseinkommens).
- ➔ Wenn private Investoren Mehrfamilienhäuser errichten wollen, muss eine Mindestquote von 30% bezahlbarem Wohnraum garantiert sein.

2 Karben sozial

Arbeitsplätze. Sicher und arbeitnehmerfreundlich.

DIE LINKE. ist solidarisch mit den Beschäftigten von Continental Karben. Dort sollen fast 1100 Arbeitsplätze abgebaut und das Werk geschlossen werden. Unbestreitbar verliert die Automobilbranche an wirtschaftlicher Bedeutung. Doch es gab seitens des Betriebsrats zahlreiche Vorschläge, wie die Produktion verändert und zukunftsfähig gemacht werden kann. Das Werk Karben ist mehrfach für technische Innovationen ausgezeichnet worden und verfügt daher über gute Voraussetzungen für einen Wandel in

der Produktion. Die Auftragslage ist gut. Dennoch soll das Werk geschlossen werden.

Zudem hat die Belegschaft in den letzten 10 Jahren 52 Millionen Euro Lohnverzicht geleistet, um den Bestand des Werks zu sichern. Die Geschäftsleitung aber verwendete das Geld, um in Litauen und Ungarn neue Werke zu bauen und lässt Karben über die Klinge springen. Für Höchstprofite!

Für die Beschäftigten bei der Stadt Karben fordert DIE LINKE. Arbeitsverhältnisse ein, von denen man leben kann.

Die Stadt beschäftigt sehr viele Angestellte in verschiedenen Teilzeitmodellen. Dies sehen wir kritisch. Der Staat und auch die Kommunen sollten als Arbeitgeber Vorbild sein und dort, wo möglich, Vollzeitstellen schaffen.

Wenn die Kinderbetreuung für städtische Beschäftigte gut gesichert wird, können auch mehr Frauen in Vollzeitstellen wechseln.

Dafür setzt sich DIE LINKE. Karben ein:

- ➡ Solidarität und Unterstützung für die Belegschaft von Continental: Der Standort Karben muss erhalten bleiben!
- ➡ Arbeitsplätze der Stadt werden vorrangig als Vollzeitstellen vergeben.
- ➡ Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Kinderbetreuungsmöglichkeiten arbeitnehmerfreundlich zu gestalten.
- ➡ Aufgaben der Stadt sollen auch von Angestellten der Stadt übernommen werden. Wir wollen möglichst wenig Arbeiten outsourcen.

Keine verkaufsoffenen Sonntage in Karben

Immer wieder wird versucht in Karben verkaufsoffene Sonntage durchzusetzen. Alle bisherigen verkaufsoffenen Sonntage haben jedoch gezeigt, dass es dafür keinen Bedarf bei der Karbener Bevölkerung gibt und es nur darum geht, auf Kosten der Mitarbeiter*innen den Umsatz zu steigern. Für DIE LINKE. Karben ist klar: Sonntage sind zur Erholung und für die gemeinsame Zeit mit Freunden und Familie da. Wir werden keinen verkaufsoffenen Sonntag zustimmen.

Armut bekämpfen!

Bereits vor der Wirtschaftskrise und Corona lag die Armutsquote in Hessen über 15 Prozent. Aufgrund der Krise ist mit einem Anstieg prekärer Lebenslagen zu rechnen. Zunehmend problematisch ist auch die Kinderarmut in unserem Land.

Auch wenn die Gesetze nicht in Karben gemacht werden, muss sich auch eine Kommune damit auseinandersetzen, wie Armut entgegengewirkt werden kann.

Menschen die nur von einer Mindestsicherung leben, muss es möglich gemacht werden, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Hierfür bräuchte es Preisnachlässe dort, wo die Stadt direkten Einfluss auf den Preis nehmen kann.

DIE LINKE. Karben fordert:

- ➔ Einen Sozialpass für Karben: Sozialhilfeberechtigte erhalten freien Eintritt ins Schwimmbad, zu Kulturveranstaltungen und zu Vereinen.
Kostenfreie Teilnahme für Kinder aus finanzschwachen Familien an Ferienspielen. Der innerstädtische Verkehr kann zum Nulltarif genutzt werden.
- ➔ Eine Anlaufstelle der Stadt zur Hilfe im Behördendschungel: Hilfen beim Ausfüllen von Anträgen, beim Lesen von Bescheiden, beim Verfassen von Widersprüchen und im Notfall Vermittlung einer Rechtsberatung.
- ➔ Sozialräume schaffen, fördern und personell ausstatten: Treffpunkte ohne Konsumzwang. Dafür mit Angeboten, die Eigeninitiative und Selbstbestimmung befördern.

3 Schonender Flächenverbrauch.

Umwelt- und Klimaschutz.

DIE LINKE. will seit Jahren öffentlichen Wohnungsbau, um Wohnen in Karben wieder bezahlbar zu machen. Doch müssen wir auch unserer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Um möglichst wenig Flächen für den Wohnungsmehrbedarf zu versiegeln, sind höhere Mehrfamilienhäuser zu planen. In den Neubaugebieten müssen Mehrfamilienhäuser Vorrang vor Einfamilienhäusern haben.

Die Ausweisung von Grünflächen und naturnahen Anlagen im Stadtgebiet Karbens sind wichtig. Es müssen nicht alle verbleibenden Freiflächen zugebaut und zu Geld gemacht werden! Die Frischluftschneise entlang der Niddaaue ist leider schon weitgehend verbaut worden. Um so wichtiger ist, dass jetzt auf den Erhalt von Freiflächen geachtet wird. Sie dienen nicht nur der Naherholung, sondern helfen auch, die Erwärmung zu begrenzen.

Immer mehr Bedeutung kommt dem Grundwasserschutz zu. Auch Karben kauft Fernwasser aus dem Vogelsberg. Nach drei trockenen Sommern sanken die Grundwasserpegel stark ab. In den schneearmen Wintern können sich die Grundwasservorräte nicht ausreichend wieder auffüllen. Wir müssen also sparsam mit Wasser umgehen! Zisternen für Regenwasser und ein Betriebswassersystem parallel zum Trinkwassersystem müssen in Neubauten und bei grundhaften Sanierungen zum Standard werden.

Bodenversiegelungen sind zu vermeiden! Das gilt auch für Grünflächen auf Privatgrundstücken, die leider zunehmend mit so genannten ‚Steingärten‘ verschlossen werden. Eigentum verpflichtet auch gegenüber der Umwelt!

Andere Bundesländer haben ‚Steingärten‘ bereits verboten, da sie klimaschädlich sind und das Artensterben befördern. In Hessen gibt es leider nur örtliche Regelungen.

DIE LINKE. Karben fordert:

- ➔ Neubaugelbiete sollen als Null-Energie-Siedlungen geplant werden.
- ➔ Frischluftschneisen und Freiflächen erhalten!
- ➔ Durch systematische Regenwassernutzung und zwei Rohrsysteme für Trink- und Betriebswasser wollen wir die Grundwasserreserven schonen.
- ➔ Größere Steingartenversiegelungen sollen in Karben nicht erlaubt sein!

Karben ohne Umweltgifte

Die CDU-Stadtregierung weigert sich immer noch, gegen die Nutzung von Glyphosat vorzugehen. In den USA ist es längst unumstritten, dass Glyphosat krebserregend ist. Die EU hatte schon einmal einen Beschluss für ein Verbot gefasst, der aufgrund Lobbyarbeit der Chemieindustrie wieder zurückgenommen wurde. Auch die WHO kommt zu diesem Ergebnis.

Doch die CDU Karben lässt es weiterhin zu, dass Karbener Böden mit Glyphosat vergiftet werden können. Für DIE LINKE. Karben ist klar: Wer von der Stadt Karben Flächen pachten möchte, der muss sich verpflichten, auf die Nutzung von Glyphosat und Neonikotinoide zu verzichten. Auf städtischen Flächen – Friedhöfen, Anlagen, Straßenrinnen - haben Umweltgifte nichts verloren

Naherholungsgebiete für Karben

Die Renaturierung der Nidda hat den Fluss als Lebensraum, sowie als zentrales Naherholungsgebiet unserer Stadt aufgewertet. Die Niddaterrasse beim Klein-Karbener Sportverein sowie die geplante Hundewiese begrüßen wir ebenfalls. Leider bleiben noch Versäumnisse, deren Behebung wir einfordern:

1. Viele Menschen wohnen in Wohnungen und verfügen über keine Grünfläche, die sie zur Erholung nutzen könnten. Deswegen sollte ein zentraler öffentlicher Park mit Grillmöglichkeit geschaffen werden. Unser Vorschlag ist, die derzeitigen Felder zwischen dem Sportlerheim ‚Karbener Sportverein 1890 e.V.‘ und den Klein-Karbener Schrebergärten dafür zu nutzen.
2. Auch in den Stadtteilen braucht es Grünflächen! Wenn Neubaugebiete ausgewiesen werden, müssen Grünflächen fest eingeplant sein.

Regenerative Energie

Wir brauchen mehr regenerative Energiequellen in Karben. Das heißt auch zusätzliche Windkraftträder, Nutzung von Erdwärme, Sonnenenergie usw. Hier sollte die Stadt initiativ tätig werden: Mit einer breiten Finanzierung und über ein Beteiligungsmodell (z. B: Genossenschaft). Interessierte Bürgerinnen und Bürger könnten als Investoren Geld anlegen. Energiegroßprojekte lehnen wir ab. Städtische Gebäude sollten mit regenerativen Energien versorgt sein.

4 Mobilität. Sozial. Umweltverträglich. Behindertengerecht.

Buspreise

Karben hatte zwischenzeitlich ein 1-Euro-Ticket für den innerstädtischen Verkehr. Das 1-Euro-Ticket wurde sehr gut angenommen. Das führte dazu, dass Bürgerinnen und Bürger vermehrt den ÖPNV statt dem eigenen Auto nutzten. Leider wurde der Ticketpreis wieder erhöht.

DIE LINKE will das Erfolgsmodell des 1-Euro-Stadttickets wiederbeleben.

Parkgebühren am Bahnhof

Der Parkplatz am Groß-Karbener Bahnhof muss wieder gebührenfrei sein. Die Parkflächen können erweitert werden.

Lange war das Parken am Bahnhof gebührenfrei. Die Parkplätze wurden gut genutzt und man hätte anbauen müssen. Stattdessen wurden Parkgebühren eingeführt. Die abenteuerliche Begründung lautete: Es würden dann weniger Leute am Bahnhof parken aber mehr mit dem Bus fahren. Das ist realitätsfremd!

Wer möchte, dass mehr Menschen mit dem ÖPNV fahren, der muss den Zugang zum ÖPNV auch attraktiv gestalten! Statt Parkgebühren zu verlangen, sollte man den Busverkehr zum Bahnhof weiter verbessern und natürlich den Parkplatz erweitern.

Barrierefreiheit Bahnhöfe

Schon 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Danach sollen Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Das muss auch für den öffentlichen Nahverkehr gelten!

Leider sind die Karbener Bahnhöfe an der S6 nicht barrierefrei.

Rollifahrer*innen können nicht selbständig zusteigen.

DIE LINKE unterstützt die Initiativen für barrierefreie Bahnsteige.

Fahrradstadt Karben

Wir wollen Karben attraktiver für Fahrradfahrer*innen machen. Das vermeidet Lärm, reduziert Abgase, schützt das Klima und fördert die Gesundheit.

Radwege müssen sicher sein. Dazu braucht es Radstreifen entlang der Straßen, wenn kein extra geführter Radweg möglich ist.

Einige Wege werden stark genutzt und zwar von Fußgängern und Radfahrern gleichzeitig. Zum Beispiel der Niddaweg, wo es immer wieder zu unschönen Begegnungen und Gefährdungen kommt. Allein mit der aufforderung zur gegenseitigen Rücksichtnahme wird sich das nicht beheben lassen. Hier müssen Fuß- und Radstreifen voneinander getrennt sein!

Nachts ist der Weg an der Nidda innerhalb des Stadtgebiets dunkel. Deshalb gibt es Bürgerinnen und Bürger, die den Weg nachts nicht benutzen, weil er ihnen zu gefährlich ist. Eine Beleuchtung im innerstädtischen Bereich kann Abhilfe schaffen!

Das fordert DIE LINKE. Karben:

- ➔ Gesicherte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Bahnhöfen.
- ➔ Städtische Unterstützung zur Wiederansiedlung eines Fahrradgeschäftes.
- ➔ Fahrradfreundliche Ampelschaltungen.
- ➔ Den Ausbau der Fahrradwege und Fahrradspuren innerhalb der Stadt und eine weitgehende Trennung der Fahrradwege vom Auroverkehr.
- ➔ Ein Fahrradleitsystem für Karben.
- ➔ Vorrang für den Radverkehr auf dem Klingelwiesenweg (Promilleweg). Sperrung für den Autoverkehr.
- ➔ Ein Fahrradschnellweg für Pendler von Karben nach Frankfurt.

5 Kinderbetreuung gehört in öffentliche Hand!

Kindererziehung ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Eltern müssen bei dieser Aufgabe deshalb staatliche Unterstützung erhalten. Schulen und Kindertagesstätten gehören grundsätzlich in öffentliche Hand.

Private und religiös gebundene Bildungseinrichtungen lehnen wir ab. Alle Bildungseinrichtungen gehören in öffentliche Hand! Es darf keine Tendenzerziehung geben und in keiner Form ‚Schulgeld‘ verlangt werden. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein!

Kitagebühren

Kitas sollten als Teil des Bildungssystems verstanden werden und - wie öffentliche Schulen auch - gebührenfrei sein. Das kann Karben als Stadt allerdings nicht alleine stemmen. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen muss hier dringend eingefordert werden!

Momentan gibt es eine Schieflage zwischen den Betreuungsgebühren der Kinder bis drei Jahren und der Kinder ab drei Jahren.

Kinder über drei Jahren können aufgrund hessenweiter Regelungen bis zu 6 Stunden gebührenfrei betreut werden. Dagegen müssen Eltern der Kinder unter drei Jahren die komplette Betreuungszeit bezahlen. Dies ist ungerecht und die Stadt Karben muss hier Ausgleichsmöglichkeiten finden.

Zudem regelt die Stadt Karben die sechs gebührenfreien Stunden nicht elternfreundlich, indem die Betreuung an feste Uhrzeiten gebunden ist. DIE LINKE. Karben möchte ein Modell, bei dem die Eltern selbst bestimmen können, zu welchen Uhrzeiten sie diese sechs Stunden in Anspruch nehmen.

6 Jugend ernst nehmen

Jugendarbeit halten wir für unabdingbar. Sie darf auf keinen Fall eingeschränkt werden. Im Gegenteil!

Die Stadtpolitik darf sich nicht ausschließlich auf vereinsgebundene Jugendarbeit ausrichten – so wichtig diese auch ist. Freie und politische Jugendarbeit befördern Eigeninitiative und zivilgesellschaftliches Engagement.

Das Angebot im JuKuZ Karben muss weiterentwickelt werden. Besonders wichtig sind Selbermach-Angebote und ein Selbermach-Programm. Eine Hausaufgabenhilfe, die nicht teuer bezahlt werden muss, sollte angeboten werden. Die Angebote sollten auch die Bedürfnisse jugendlicher Geflüchteter berücksichtigen.

Antirassistische und antifaschistische Themen müssen in der Jugendarbeit finanziell und von einer hauptamtlichen Arbeitskraft unterstützt werden.

Ein/e Sozialarbeiter/in der Stadt soll sich darum kümmern, dass Angebote und Projekte der europäischen Union in Karben genutzt werden. Denn die Zusammenarbeit mit bildenden und darstellenden Künstlern wird mit diesen Projekten ebenso gefördert, sowie antirassistische und friedensfördernde Erfahrungen.

Jugendliche und junge Erwachsene wollen sich austoben und ausprobieren. Dies gilt insbesondere für Nächte am Wochenende. Dabei kommt es immer auch zu Reibungspunkten zwischen Jugendlichen und anderen Bevölkerungsgruppen. Natürlich können verdreckte Grünanlagen oder Spielplätze nicht toleriert werden. Doch die andere Seite der Medaille ist auch, dass die Stadt den Jugendlichen fürs Nachtleben kaum etwas bietet.

DIE LINKE. Karben fordert:

- ➔ Ein Jugendparlament für Karben und Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung.
- ➔ Sinnvolle Freizeitmöglichkeiten schaffen: Begegnungsmöglichkeiten, Selbstermach-Angebote, Initiativen für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement.
- ➔ Attraktive Möglichkeiten für die Wochenendgestaltung: Orte, an denen man ohne Konsumzwang und auch nachts beisammensein kann.

7 Den Breitensport fördern!

Sport bedeutet aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sport verbindet unterschiedliche Generationen. Sport und Bewegung dienen der Erhaltung und Festigung der Gesundheit. Sport fördert die Integration und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen.

Besonders der Breitensport sollte im Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit stehen: Schul-, Vereins- und Freizeitsport sind zu fördern und Bewegungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zum Breitensport haben. Auch

Behinderten und Senioren muss ein Angebot zur Verfügung stehen, das bezahlbar ist. Mit dem Wetteraukreis - als Sozialhilfeträger - sollten Sozialtarife abgesprochen werden.

Vereine leben vom Ehrenamt. Aber auch das kann nicht ohne finanzielle Unterstützung geleistet werden. Sie brauchen Geld für die Ausbildung von Übungsleiter/innen und zur Förderung und Schulung ihres Nachwuchses. Die Stadt Karben soll sich dafür einsetzen, dass die Landesmittel aufgestockt werden.

Für Jugendliche sollten in allen Stadtteilen frei zugängliche Flächen neben den Sportanlagen der Vereine geschaffen werden. Sportmöglichkeiten dürfen nicht nur vereinsgebunden sein.

8 Karben für alle Bürgerinnen und Bürger

Ausländerbeiräte erhalten! Kommunales Wahlrecht!

Alle Bürgerinnen und Bürger, die in Karben leben, müssen sich in die Geschicke der Stadt einbringen können. DIE LINKE. fordert das kommunale Wahlrecht für alle, die in der Stadt leben – unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Aufenthaltsstatus. Es kann nicht sein, dass Menschen jahrelang in unserer Stadt leben und keinerlei politische Rechte haben.

Solange das kommunale Wahlrecht nicht durchgesetzt ist, soll die Stadt Karben den Ausländerbeirat sowie Migrantengruppen beratend zum Parlament und zu den Ausschüssen hinzuziehen.

Die schwarzgrüne Landesregierung hat das Recht, Ausländerbeiräte zu wählen auf demokratiefeindliche Art und Weise ausgehöhlt. Kommunen sollen jetzt selbst entscheiden, ob sie gewählte Ausländerbeiräte möchten oder sie durch handverlesene und möglichst handsame Integrationskommissionen ersetzen wollen. DIE CDU Karben liebäugelte bereits mit einer Integrationskommission. Doch in dieser Wahlperiode soll es zunächst wieder einen Ausländerbeirat geben.

Für DIE LINKE. Karben ist klar:

Das Recht der Menschen mit Migrationshintergrund, sich einen Ausländerbeirat zu wählen, darf nicht beschnitten werden!

Bei der Besetzung der Stellen im Rathaus und in den städtischen Betrieben sollte ein dem Migrantanteil entsprechender Prozentsatz an Migrantinnen und Migranten eingestellt werden.

Kinder mit Migrationshintergrund sollen im JuKuZ eine Hausaufgabenbetreuung und Deutschförderkurse besuchen können.

9 Inklusion. Überall!

Mit der „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“, die von der Bundesregierung ratifiziert wurde, müssen überall behinderte mit nichtbehinderten Menschen gleich gestellt werden. Es reicht nicht mehr aus, nur in einigen öffentlichen Gebäuden für Barrierefreiheit zu sorgen.

Die Stadt muss barrierefrei sein!

Bürgersteige am Bahnhof und an Kreuzungen gehören abgesenkt (was nicht nur Rollstuhlfahrer/innen sondern auch kinderwagenschiebenden Müttern oder geh-unsicheren Menschen zugute käme).

Doch die Barrierefreiheit gilt noch weitergehender: Menschen mit Behinderung haben das Recht auf soziale Teilhabe und behinderte Kinder brauchen darüber hinaus eine gute Förderung.

Die Stadt muss also Sorge tragen, dass Sozialräume (vergleiche Punkt 2) und gesellschaftliche wie therapeutische Angebote vorhanden sind, die die Einbindung in die Gesellschaft ermöglichen.

Gleiches gilt auch für Seniorinnen und Senioren. Ihre Zahl steigt - aber es gibt immer noch viel zu wenige Möglichkeiten, sich zu betätigen oder zu treffen. Die Stadt muss hier reagieren: eine städtische Sozialstation müsste wieder entstehen und verschiedene Dienste anbieten und zusammenführen. Sozialräume könnten eine Börse für ehrenamtliche Betätigung bilden, damit Seniorinnen und Senioren sinnvoll tätig sein können. Auch soziale Kontakte, Bildungsangebote und gemeinsame Unternehmungen wären in Sozialräumen koordinierbar. Jedenfalls ist mehr nötig, als einmal im Jahr einen Ausflug zu machen!

10 Gebühren, Preise, Steuern.

Die Kommunen sind nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Sie haben kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem!

Kommunen leiden darunter, dass die Bundesregierung die Steuermittel falsch ausgibt. Wer großen Konzernen Steuern erlässt und Milliarden-Subventionen zahlt, wer weder Steuerbetrug noch Steuerflucht ins Ausland unterbindet oder wer den Rüstungshaushalt verdoppeln will – der kann den Kommunen nichts geben!

Es gibt schon zahlreiche Kommunen, die gegen diese Finanzpolitik protestieren und ausreichende Mittel einfordern. Karben sollte sich auch an diesen Protesten beteiligen. Der Druck muss steigen, damit vor Ort auch weiterhin für die Menschen Politik gemacht werden kann.

Bußgelder und Strafgebühren

Bei Bußgeldern und Strafgebühren steht zu befürchten, dass die CDU-Karben jedes Maß verliert: So gab es Überlegungen, Strafen bis zu 200 Euro für einen liegengelassenen Hundehaufen zu verlangen. Oder für versäumte Angaben beim Ausfüllen der Unterlagen für die Kita-Betreuung 300 Euro zu erheben. Zum Glück wurden diese Überlegungen noch nicht umgesetzt. Aber was ist nach der Kommunalwahl? Soll dann diese Law-and-Order-Politik durchgesetzt werden?

Auch scheint die CDU-Karben gänzlich zu übersehen, dass es auch Menschen gibt, die am Existenzminimum leben. Für solche Menschen sind Strafgebühren in dieser Höhe existenzbedrohend. Hier fehlt auch die soziale Verhältnismäßigkeit!

DIE LINKE ist nicht gänzlich gegen Ordnungsgebühren, wenn sie für das Allgemeinwohl nötig sind. Aber sie müssen verhältnismäßig sein. Wie in anderen Bereichen fordern wir Preisnachlässe für Menschen mit Mindestsicherung.

Wertschöpfungsabgabe

Der Wert eines Grundstückes hängt davon ab, ob es als Acker-, Gewerbe-, oder als Wohnfläche deklariert ist. Eine Umwidmung zur Wohngebietsfläche kann eine sofortige Vervielfachung des Grundstückswertes bedeuten. Hierfür möchte die DIE LINKE eine Wertschöpfungsabgabe in Höhe von 30% der Wertsteigerung erheben, sofern der Baugrund nicht rein privat zum Wohnen genutzt wird. Die Wertschöpfungsabgabe kann erlassen werden, wenn auf dem Baugrund sozialer Wohnungsbau entsteht.

Gewerbesteuer

Obwohl Karben Teil einer boomenden Region ist, überdurchschnittlich gute Verkehrsanbindungen hat und auch eine gute Infrastruktur vorweisen kann, liegt der Gewerbesteuersatz weit unter dem hessischen Durchschnitt. Dies bedeutet, dass Karbener Firmen derzeit keinen angemessenen Anteil an der Finanzierung des Allgemeinwohls leisten. Wir fordern deswegen die Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 357 auf 385 Punkte. Die Mehreinnahmen sollen vor allem in den Bau bezahlbaren Wohnraums investiert werden.

Grundsteuer B und Anwohnerabgaben

Karbens Grundsteuer für bebaute Flächen liegt mit einem Hebesatz von 440 Punkten etwas unter dem hessischen Durchschnitt, wurde aber um 40 Punkte in der letzten Wahlperiode erhöht. Wir halten die Grundsteuer B in dieser Form für angemessen. Durch sie sind auch alle Baumaßnahmen abzudecken die früher durch Anwohnerabgaben teilfinanziert wurden. Eine Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge lehnen wir kategorisch ab.

11 Die Stadtteile nicht vergessen!

In den letzten Jahren hat sich im Stadtzentrum viel verändert. So entstand unter anderem die ‚Neue Mitte‘ mit Einkaufsläden und Wohnungen. Auch wenn wir kritisieren, dass es zu wenig Grün gibt und vor allem viel zu teurer Wohnraum entstanden ist, lässt sich doch sagen, dass das Stadtzentrum aufgewertet wurde.

Das darf aber nicht zur Vernachlässigung der äußeren und kleineren Stadtteile führen! Auch hier muss die Infrastruktur gepflegt und erhalten werden. Es muss sicher gestellt sein, dass es überall Einkaufsmöglichkeiten gibt. Spielplätze und innerörtliche Grünzonen sind in allen Stadtteilen wichtig. Das Zentrum und der Bahnhof, Ärzte und medizinisch-therapeutische Praxen sowie soziale Einrichtungen müssen gut erreichbar sein.